

# Die letzte Schlacht der Gerontokraten

Bei den US-Wahlen von nächstem Jahr werden wohl wieder Joe Biden und Donald Trump antreten: Muss das wirklich sein?  
Gastkommentar von Stephan Bierling

2024 droht für die Amerikaner eine politische Qual zu werden. Nur eine Minderheit freut sich auf eine Neuaufgabe des Präsidentschaftswahlduells vom letzten Mal. 70 Prozent hätten laut NBC-Umfrage von Mitte April lieber einen anderen Kandidaten als Joe Biden, 60 Prozent sind Donald Trump überdrüssig. Aber beide dürften sich in ihren Parteien durchsetzen. Im kommenden Jahr stehen sich deshalb wohl die ältesten Bewerber aller Zeiten gegenüber: Biden mit 81 Jahren, Trump mit 77.

Für Komiker ist das ein gefundenes Fressen. Neulich witzelte Roy Wood über den unweit von ihm sitzenden Präsidenten, der gerade seine erneute Kandidatur angekündigt hatte: In Frankreich randalierten Demonstranten, «weil sie nicht bis 64 arbeiten wollten. Währenddessen haben wir in Amerika einen 80-jährigen Mann, der uns um vier weitere Jahre Arbeit anfleht.»

## Zwei «Superagers»

Alter allein ist kein Makel. Konrad Adenauer, der beste deutsche Kanzler, schied erst nach seinem 87. Geburtstag aus dem Amt. Malaysias Premierminister Mahathir Mohamad wurde mit 92 wiedergewählt und trat mit 94 ab. Und der amerikanische Senator Strom Thurmond war 100, als er sich aus der Politik zurückzog. Seine letzte Wahl hatte er 1996 als 93-Jähriger mit 53 Prozent gewonnen. Personen, die an seiner Vitalität zweifelten, beeindruckte er noch in seinen Achtzigern mit Klimmzügen und Liegestützen im Kongressbüro.

Biden und Trump gelten aufgrund ihrer langlebigen Eltern, ihrer gesunden Lebensweise – beide sind Abstinenzler und Nichtraucher – und ihres Zugangs zu bester Gesundheitsversorgung bei Geriatrieexperten als «Superagers». Das Unternehmen Club Vita, das Analysen für Lebensversicherer erstellt, prognostizierte Biden gerade eine Lebenserwartung von 91 Jahren, Trump eine von 90. Beide sollten eine zweite Amtszeit also locker bewältigen.

Und selbst wenn Wehwehchen einsetzen – auch bei eingeschränkter Gesundheit kann man Grosses leisten: Abraham Lincoln litt unter schlimmen Depressionen, aber hielt die Nation im Bürgerkrieg zusammen und schaffte die Sklaverei ab. Franklin Roosevelt, jahrzehntlang an den Rollstuhl gefesselt und in seinen späten Amtsjahren todkrank, überwand die schwerste Wirtschaftskrise in der amerikanischen Geschichte und gewann den Zweiten Weltkrieg. Historiker nennen die zwei fast unisono die grössten amerikanischen Präsidenten aller Zeiten.

Politisch ist Bidens und Trumps Alter allerdings ein Problem, weil es den Generationswechsel in ihren Parteien verhindert. Dass jüngere Bewerber nicht gegen die Gerontokraten ankommen, hat unterschiedliche Gründe. Über die Republikaner brach Trump mit seinen Jüngern 2016 herein wie eine Naturgewalt. Seither regiert er die Partei mit Führerkult und eiserner Faust. Nicht einmal Wahlniederlage und Putschversuch gefährden seine Kontrolle. Trump dürfte die dritte Präsidentschaftskandidatur hintereinander deshalb kaum zu nehmen sein. Sollte er wieder ins Weisse Haus einziehen und die Amtszeit durchhalten, wird er die Republikaner dreizehn Jahre dominiert und die Karrierepläne vieler Jungpolitiker ruiniert oder zumindest verzögert haben.

Bei den Demokraten liegt der Fall anders, hier ist das Problem nicht ein Usurpator von aussen, sondern die Struktur der Partei. Bei ihnen streiten vier disparate Gruppen um die Vorherrschaft: Sozialisten, Kulturkrieger, Rostgürtel-Populisten und Technokraten. Die Sozialisten stehen der kapitalismuskritischen «Occupy Wall Street»-Bewegung nahe und sehen die gesellschaftliche Ungleichheit als Hauptproblem. Die Kulturkrieger kämpfen gegen Rassismus und für eine grosszügige Einwanderungspolitik, für LGBT-Rechte, liberale Abtreibungsregeln sowie Klimaschutz und tragen die #MeToo-, «Fridays for Future»- und «Black Lives Matter»-Bewegungen.

Die Rostgürtel-Populisten aus den strauchelnden Industrie- und Bergbauregionen unterstützen Gewerkschaften sowie staatliche Sozialprogramme und sprechen sich für Protektionismus und gegen schärfere Waffengesetze aus. Die Technokraten

Bei den Demokraten streiten vier disparate Gruppen um die Macht: Sozialisten, Rostgürtel-Populisten, Kulturkrieger und Technokraten.

schliesslich profitieren von der Globalisierung, sind wirtschaftsfreundlich und fiskalkonservativ und betrachten Freihandel und private Unternehmer als essenziell für Innovation und Wohlstand.

Wer bei den Demokraten Präsidentschaftskandidat werden will, muss diese heterogene Koalition hinter sich versammeln können. Das gelingt den jüngeren Politikern kaum, weil sie meist selbst einem ihrer Flügel entstammen. Deshalb griff die Partei schon 2016 auf Biden zurück, der aus einer Zeit stammt, als es diese Gruppen noch nicht gab, und deshalb für alle akzeptabel war. Im Kongress galt die gleiche Logik: Weil sich der Nachwuchs gegenseitig blockiert, hielt sich im Repräsentantenhaus Nancy Pelosi (Jahrgang 1940) bis zum Januar 2023 als Fraktionschefin an der Macht. Und im Senat führt der bald 73-jährige Chuck Schumer die Partei nach wie vor an. Das Nachwuchsproblem der Demokraten verschärft, dass ein wichtiges Reservoir für ihre Politiktalente jüngst fast ausgetrocknet war: die Gouverneursämter. 17 der 45 Präsidenten der USA hatten zuvor diesen Posten inne, unter ihnen vier der letzten acht: Jimmy Carter (Georgia), Ronald Reagan (Kalifornien), Bill Clinton (Arkansas) und George W. Bush (Texas).

Kontrollierten die Demokraten 2010 noch 29 der 50 Ämter in der Nation, brach die Zahl in der darauffolgenden Dekade ein. Meist stellten sie weniger als 20 Gouverneure, 2016 und 2017 sogar nur 16. Erst seit ein paar Jahren geht es für die Demokraten bei den Spitzenposten der Gliedstaaten wieder bergauf. Ihnen fehlen jedoch bis heute profilierte, sturmerprobte Politiker, die Regierungserfahrung auf regionaler Ebene mitbringen.

Biden bleibt für seine Partei also Option Nummer eins – aus Mangel an Alternativen. Dass er sich für eine zweite Amtszeit bewerben würde, hat viele europäische Beobachter überrascht. Aber schon ein Blick auf die Statistik zeigt, dass dies der Normalfall in der US-Politik ist. Alle von Bidens neun unmittelbaren Vorgängern kandidierten erneut, der letzte, der das nicht tat, war 1968 der vom Vietnamkrieg zermürbte Lyndon Johnson.

## Biden mit Vorteilen

Mit einem Herausforderer aus den eigenen Reihen muss der Präsident trotz seinem Alter und seinen historisch niedrigen Zustimmungswerten von 40 Prozent auch aus einem anderen Grund nicht rechnen. Die Partei würde das als illoyal betrachten, erhöht solch interne Opposition doch das Risiko, das Weisse Haus an die Republikaner zu verlieren. Drei der letzten vier abgewählten Präsidenten hatten sich zuvor mit einem starken innerparteilichen Konkurrenten herumschlagen müssen: Gerald Ford 1976 mit Ronald Reagan, Jimmy Carter 1980 mit Edward Kennedy und George H. W. Bush 1992 mit Pat Buchanan. Nur Trump vermasselte seine Wiederwahl ganz allein.

Biden geht mit zwei Vorteilen in den Wahlkampf. Der erste: Amtsinhaber verfügen über einen Bonus, wenn sie erneut kandidieren. Sie haben einen hohen

Bekanntheitsgrad und können sich als Verkörperung der Nation mit allen präsidenten Insignien wie Nationalwappen oder Reisen in der Air Force One präsentieren. Von den dreissig Präsidenten, die seit 1792 nochmals zur Wahl antraten, verloren nur zehn. Lediglich einmal in der amerikanischen Geschichte stellte eine grosse Partei bisher einen abgewählten Präsidenten erneut als Kandidaten auf: die Demokraten Grover Cleveland, der es 1893 tatsächlich zurück ins Weisse Haus schaffte. Der zweite Vorteil für Biden: Die Amerikaner mögen ihn nicht lieben, aber sie hassen Trump mehr.

Egal, wer von beiden die nächste Präsidentschaft gewinnt, eines ist sicher: 2029 endet die Herrschaft der Gerontokraten, weil die Verfassung seit den fünfziger Jahren eine dritte Amtszeit verbietet. Wer sind die grössten Zukunftshoffnungen der Parteien für die Zeit danach? Bei den Demokraten wohl nicht die zwei am meisten genannten Politiker: Kamala Harris hat schon 2020 bei ihrer ersten Bewerbung um die Nominierung kein Wahlkampfthema gefunden. Auch als Vizepräsidentin bleibt sie blass. Verkehrsminister Pete Buttigieg war der Shootingstar der Partei vor drei Jahren und ist ihr klügster Kopf, aber ihm fehlt der Nachweis, dass er die Wahl in ein grosses Amt wie Gouverneur oder Senator gewinnen kann.

## Neues Blut

Da fast alle Gliedstaaten fest in republikanischer oder demokratischer Hand sind, wird jener Kandidat Präsident, der in einem guten halben Dutzend umkämpfter Swing States die Nase vorn hat und deren Wahlmännerstimmen holt – in Florida, Pennsylvania, Michigan, Wisconsin, Georgia, Nevada und Arizona. Dort haben Bewerber gute Karten, die politisch in der Mitte stehen.

2016 gewann Trump, weil eine Mehrheit der Amerikaner seine Rivalin Hillary Clinton für radikaler hielt als ihn. 2020 siegte Biden in den meisten von ihnen, weil er gemässiger auftrat als Trump. Einen Unterschied macht auch die regionale Herkunft: Präsidentschaftskandidaten holen in ihrem Heimatstaat 3,6 Prozentpunkte mehr Stimmen als im nationalen Durchschnitt, Bewerber für den Vizeposten 2,7. In einem Swing State entscheidet das meist über Sieg oder Niederlage.

Beide Parteien wären deshalb gut beraten, vor allem auf Gouverneure aus den Swing States mit vielen Elektoren zu setzen, wollen sie in der Post-Biden/Trump-Ära das Weisse Haus erobern. Ron DeSantis aus Florida oder Brian Kemp aus Georgia wären aussichtsreiche Bewerber für die Republikaner, Gretchen Whitmer aus Michigan oder Josh Shapiro aus Pennsylvania für die Demokraten. Mit ihnen an der Spitze könnte etwas in die amerikanische Politik zurückkehren, was sie immer ausgezeichnete und was man heute schmerzlich vermisst: Aufbruchstimmung.

Stephan Bierling lehrt Internationale Politik an der Universität Regensburg.

